

Flügel der U. S. P. D. die Beteiligung der Partei an den Wahlen zum Zentralrat, er forderte kurz darauf wegen der Haltung des rechten Flügels und der Volksbeauftragten der Partei einen Parteitag und schied, als dies abgelehnt wurde, auch formell aus der U. S. P. D. aus, bei der er während des Krieges trotz grundsätzlicher Gegnerschaft aus praktischen Gründen Anlehnung gesucht hatte. Selbst die stark radikal eingestellte U. S. P. D. sah in dieser Separation eine Befreiung, denn die v o l l s t ä n d i g b o l s s c h e w i s t i s c h e U m s t e l l u n g der Gesellschaft konnte sie nicht wünschen, weil sie stark von den am Kurfürstendamm dominierenden reichen jüdischen Familien durchsetzt war, die wahrhaftig nicht gesonnen sein konnten, ihre gewonnenen Schätze für die Allgemeinheit zu opfern. Schlagworte, aber keine Taten irgendwelcher Selbstentäußerung. Der s p a r t a k i s t i s c h e Flügel legte sich auf dem Gründungsparteitag den Namen K o m m u n i s t i s c h e P a r t e i D e u t s c h l a n d s (Spartakusbund) bei. Ohne tieferegehende Organisation beschränkte sie ihre Tätigkeit auf eine weitere radikale Revolutionierung, ohne dafür zunächst in der breiten Masse auf das erhoffte Verständnis zu stoßen. Der Mangel einer durchgebildeten Organisation ließ die U. S. P. D. der Mehrheitssozialdemokratie gegenüber schwer in den Hintergrund treten.

Die Umgestaltung des Parteiwesens.

↑ Schon vor dem offiziellen Ausbruch der Revolution hatten sich finanziell einflussreiche Kräfte bemerkbar gemacht, die auf eine U m g r u p p i e r u n g der bürgerlichen Parteien hinarbeiteten. Auch das Z e n t r u m war in diese Bestrebungen einbegriffen, als Sturmbock sollten die c h r i s t l i c h e n G e w e r k s c h a f t e n benützt werden, deren führende Vertreter vor allem über die Haltung der Zentrumsfraktion im Preussischen Abgeordnetenhaus höchst unzufrieden sich geäußert hatten. Es war mehr als ein haltloses Gerücht, daß Walter Rathenau für ein im rheinisch-westfälischen Industriebezirk zu gründendes Presseunternehmen 20 Millionen Mark zur Verfügung stellen wollte. Die beabsichtigte grundstürzende Änderung des Wahlrechts, wie sie nach dem Umsturz der alten Ordnung praktische Gestalt angenommen hat, war vorher schon in allen ihren Einzelheiten bekanntgegeben. Sie galt als die unabänderliche Forderung der Mehrheitssozialdemokratie, die darin die Verwirklichung ihrer langjährigen Bestrebungen erblickte. Die von ihr erzogene Jugend sollte bei der Wahl zu Worte gelangen. Dem tiefen Zuge der Unzufriedenheit glaubten die bürgerlichen Parteien durch die Revision ihres Parteiprogrammes weitgehend Rechnung tragen zu sollen, und zwar im Zeichen der siegreichen Demokratie, denn nachdem die Monarchie erledigt, wurde die Volksherrschaft vor allem von den Elementen stürmisch verlangt, die vorher am ausschweifendsten für „Kaiser und Reich“ geschwärmt und den „Ultramontanismus als den Feind des Vaterlandes“ verdammt hatten.